



Der Minister

Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



24. Januar 2018

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 3843-1039

6. Sitzung des Verkehrsausschusses am 31. Januar 2018

Bericht zum TOP 1 „Gegenstand und Auswirkungen des Tunnelstreits in Düsseldorf auf das Gesamtprojekt RRX in Nordrhein-Westfalen“

Anlage: - 1 - (60fach)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Anlage übersende ich Ihnen einen Bericht zum obengenannten Tagesordnungspunkt.

Ich möchte Sie bitten, diesen Bericht zur Information an die Mitglieder des Verkehrsausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Wüst

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-9110
poststelle@vm.nrw.de
www.vm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel
vom Hauptbahnhof zur
Haltestelle Stadttor:
Straßenbahnlinie 709
Buslinie 732

Bericht des Ministers für Verkehr

Gegenstand und Auswirkungen des Tunnelstreits in Düsseldorf auf das Gesamtprojekt RRX in Nordrhein-Westfalen

Der RRX ist im Kernbereich zwischen Dortmund und Köln eine Bedarfsplanmaßnahme des Bundes. Der Vorhabenträger, die Deutsche Bahn AG, ist durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beauftragt worden die erforderliche Planung und den nachfolgenden Bau des Projektes durchzuführen.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat die Studiengesellschaft für Tunnel und Verkehrsanlagen e. V. beauftragt, den Planungsvariantenvorschlag der Deutschen Bahn (höhengleiche Erweiterung) und den Vorschlag einer Bürgerinitiative in Angermund (Einhausung) zu überprüfen.

Im Ergebnis bestätigen die Gutachter, dass beide Planungsvarianten grundsätzlich realisierbar sind. Allerdings wird für die Einhausungsvariante eine wesentlich größere Fläche benötigt, was zu entsprechend größeren Eingriffen in Privatgrundstücke führt. Nach der vorliegenden Studie soll die DB-Planungsvariante 75 Mio. € kosten und die Einhausungsvariante gut 400 Mio. €.

Der Vorhabenträger wird mit einer Vorzugsvariante in die Planfeststellung gehen. Ob es im Laufe des Planfeststellungsverfahrens zu den weiteren Projektverlauf verzögernden Klagen kommen wird, lässt sich heute noch nicht prognostizieren. Insofern können konkrete Auswirkungen derzeit nicht abgeschätzt werden.